

Meldungen

zusammengestellt von Thomas Bärthlein

Bihar: Gewalt nimmt kein Ende

Auch im zweiten Anlauf ist es der BJP-geführten Regierung mißlungen, die Landesregierung von Bihar abzusetzen und 'President's Rule' zu verhängen. Der erste Versuch war im September gescheitert, weil Präsident K.R. Narayanan Bedenken geäußert und den Kabinettsbeschuß nicht unterzeichnet hatte. Am 12. Februar 1999 wiederholte das Kabinett seine Resolution. Die Verfassung sieht in diesem Fall vor, daß der Präsident sich nicht länger widersetzen kann. Also entließ Narayanan die von Chefministerin Rabri Devi ('Rashtriya Janata Dal', RJD) geführte Landesregierung und übertrug die Amtsgeschäfte an Gouverneur Sunder Singh Bhandari, einen altgedienten BJP-Politiker. Am 8. März mußte der indische Innenminister Advani (BJP) jedoch die Rücknahme der Entscheidung bekanntgeben; denn nach der Ratifizierung im Unterhaus des indischen Parlaments ('Lok Sabha') war eine Mehrheit in der Länderkammer 'Rajya Sabha' nicht in Sicht. Der 'Congress', mit dessen Unterstützung die BJP gerechnet hatte, beschloß nämlich, gegen 'President's Rule' in Bihar zu votieren.

Anlaß für den Beschluß vom 12. Februar waren erneute Morde der privaten Grundbesitzer-Armee 'Ranvir Sena' an Dalits ("Unberührbaren") gewesen. Zwei Tage zuvor hatte die 'Sena' im Distrikt Jehanabad 12 und bei einem anderen Überfall Ende Januar sogar 23 Menschen getötet. Seit 1994 ist die Söldnertruppe der hochkastigen Bhumihars für eine beispiellose Serie von Massakern an armen Landarbeitern aus niedrigen Kasten verantwortlich.

Auf der anderen Seite des Kasten-Krieges im ländlichen West-Bihar töten maoistische Naxaliten Angehörige hoher Kasten, denen sie Verbindungen zur 'Ranvir Sena' vorwerfen. Die RJD-Regierung wurde beschuldigt, den Zusammenbruch von Recht und Ordnung tatenlos hinzunehmen. Auch in der kurzen Regierungszeit von Gouverneur Bhandari kam es zu weiteren Morden. Beim bisher letzten Massaker Mitte März haben laut offiziellen Angaben Maoisten über 30 Menschen enthauptet.

In Bihar hat die Rückkehr des RJD zur Macht schwere Spannungen in den anderen Parteien ausgelöst. Führende 'Congress'-Politiker äußerten ihren Un-

mut über die Entscheidung der Partei-zentrale um Sonia Gandhi, durch ihr Abstimmungsverhalten die Rabri Devi-Regierung im Amt zu halten. Die Landtagsfraktion des wichtigsten BJP-Verbündeten in Bihar, 'Samata Party', hat sich gespalten. Laloo Prasad Yadav, der populistische RJD-Vorsitzende, hat sich wieder einmal als der bessere Taktiker erwiesen.

Haushaltsentwurf vorgestellt

Finanzminister Yashwant Sinha hat Ende Februar sein zweites Budget im Parlament präsentiert. Er ist bemüht, das Defizit zu senken. Ansonsten ist der Entwurf wenig spektakulär. Sinhas Amtsvorgänger Manmohan Singh und P. Chidambaram, die beide für einen Liberalisierungskurs standen, warfen ihm vor, inkonsequent zu sein. Die Börsen begrüßten den Haushalt mit Kursanstiegen. Unter dem Einfluß der weltwirtschaftlichen Lage befindet sich die indische Wirtschaft in einer Rezession: Nach dem Jahreswirtschaftsbericht der Regierung stieg das Wirtschaftswachstum nur in der Landwirtschaft, während seit 1995 das Wachstum im Industrie- und Dienstleistungssektor rückläufig ist. Der Bericht beziffert das reale Wachstum des Bruttoinlandsprodukts für das Finanzjahr 1998/99 auf 5,8 Prozent.

Urteil im Narmada-Prozeß

Nach vier Jahren Baustopp kann der 'Sardar Sarovar'-Damm am Narmada-Fluß in Gujarat weitergebaut und sogar auf 85 Meter Höhe aufgestockt werden. Das entschied das Oberste Gericht Indiens

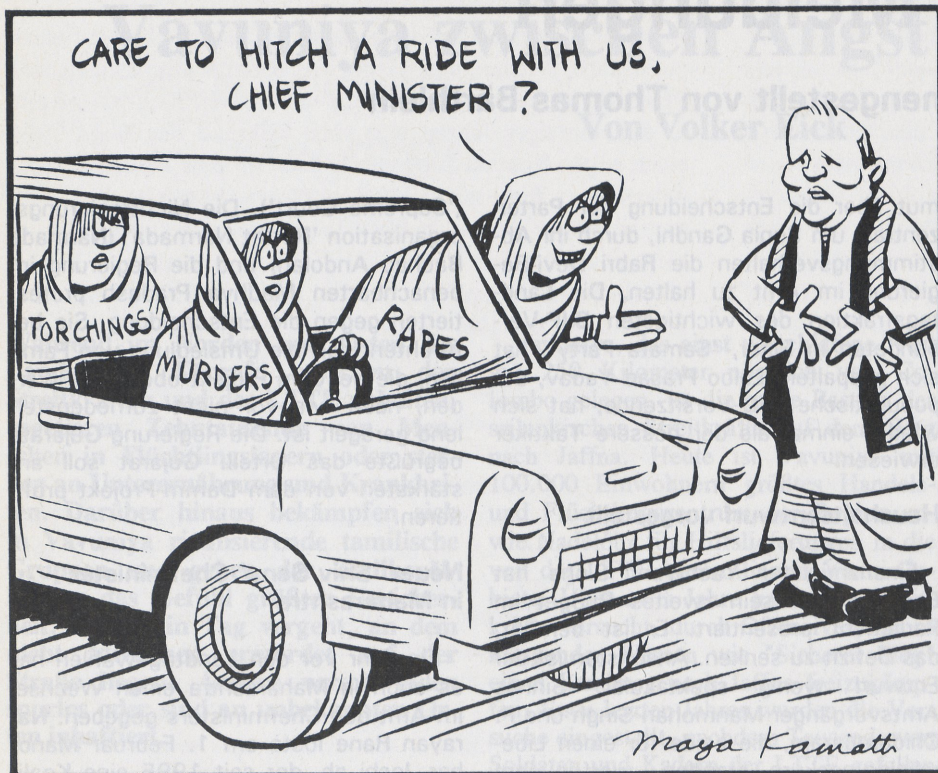
('Supreme Court'). Die Nichtregierungsorganisation 'Rettet Narmada' (Narmada Bachao Andolan) und die Regierung im benachbarten Madhya Pradesh protestierten gegen die Entscheidung. Sie befürchten, daß die Umsiedlung von Familien, die bei dem Projekt obdachlos werden, nach wie vor nicht zufriedenstellend geregelt ist. Die Regierung Gujarats begrüßte das Urteil. Gujarat soll am stärksten von dem Damm-Projekt profitieren.

Neuer 'Shiv Sena'-Chefminister in Maharashtra

Ein Jahr vor den Landtagswahlen hat es auch in Maharashtra einen Wechsel im Amt des Chefministers gegeben. Narayan Rane löste am 1. Februar Manohar Joshi ab, der seit 1995 eine Koalition aus seiner 'Shiv Sena' und der BJP geführt hatte. Weil es seit längerem in der Koalition gekrieselt hatte, war die



Finanzminister Yashwant Singh nach der Parlamentsdebatte
(Foto: Anu Pushka)



Aus: 'Asian Age'

BJP-Führung erleichtert über Joshis Rücktritt, der auf Anordnung des 'Shiv Sena'-Chefs Bal Thackeray erfolgte. Nach ihrem schlechten Abschneiden bei den 'Lok Sabha'-Wahlen 1998 in Maharashtra, agierte die Koalition zunehmend nervös. Die 'Shiv Sena' unter Thackeray versuchte, sich durch besonders radikal-hinduistische Positionen von der BJP abzusetzen, indem sie etwa gegen eine Cricket-Begegnung zwischen Indien und Pakistan auftrat (vgl. 'Südasiens', 1/99). Beobachter erwarten, daß Rane diese polarisierende Strategie fortführen wird.

Orissas Chefminister tritt zurück

Nach einer Welle von Attacken auf Christen (vgl. 'Südasiens', 1/99; siehe auch weitere Beiträge in dieser Ausgabe) hat der Chefminister von Orissa, J.B. Patnaik ('Congress'), im Februar seinen Rücktritt eingereicht. Sein Nachfolger ist Giridhar Gamang, ein Adivasi. Patnaik, der 13 Jahre lang Chefminister gewesen war, galt als Anhänger von Ex-Premier Narasimha Rao. 'Congress'-Präsidentin Sonia Gandhi soll für die Ablösung Patnaiks durch Gamang verantwortlich sein, berichteten 'Congress'-Funktionäre.

Am 23. Januar waren der Australier Staines und seine beiden Söhne in ihrem Auto verbrannt worden. Eine Regierungsdelegation führte den Mord auf

eine "internationale Verschwörung" zurück. Innenminister Advani wies Berichte zurück, wonach die Mörder dem BJP-nahen 'Bajrang Dal' angehörten. Der Vizepräsident des Welt-Hindurats VHP, Kishore, behauptete, Staines sei nicht als Sozialarbeiter unter Leprakranken tätig gewesen, sondern nur als Missionar. Auch BJP-Präsident Kushabhau Thakre sprach eine Warnung an alle Missionare aus. Ausländern ist Missionsarbeit in Indien gesetzlich verboten.

Steuergelder für politische Parteien?

Eine Parlamentarier-Kommission unter Leitung des früheren Innenministers Indrajit Gupta (CPI) hat ihren Bericht zur Reform der Parteienfinanzierung vorgelegt. Bisher sind die indischen Parteien auf private Spender angewiesen, um ihre Wahlkämpfe und sonstige Parteiarbeit zu finanzieren. Die Kommission fordert nun, jährlich sechs Milliarden Rupien auf Bundesebene und die gleiche Summe durch die Bundesstaaten zur Verfügung zu stellen, damit die Parteien unabhängig von wirtschaftlichen Interessen arbeiten können. Außerdem schlägt der Bericht vor, daß die Parteien nicht nur im staatlichen Rundfunk und Fernsehen kostenlos Sendezeit zur Wahlwerbung erhalten sollen (das gibt es bereits seit den letzten Wahlen), sondern auch bei privaten Sendern.

Auch eine Reform des Wahlrechts wird Berichten zufolge von allen politischen Parteien unterstützt. Demnach soll das bisher in Indien allein geltende Mehrheitswahlrecht ergänzt werden: Ein Teil der Parlamentssitze würde dann über Landeslisten vergeben.

Visum für Rushdie

Die indische Regierung hat beschlossen, dem britischen Schriftsteller Salman Rushdie ein Einreisevisum zu erteilen. Indien hatte 1988 den von Ajatollah Khomeini als gotteslästerlich kritisierten Roman Rushdies, 'Die satanischen Verse' verboten und Rushdie die Einreise verweigert. Rushdie ist in Indien geboren, und seine wichtigsten Werke haben einen südasiatischen Hintergrund. Führende Muslim-Vertreter wie der Imam der 'Juma Masjid' in Delhi, Bukhari, protestierten scharf gegen die Einreiseerlaubnis. Aber auch die mit der BJP verbündete 'Shiv Sena' zeigte sich nicht begeistert, denn ihr Chef Bal Thackeray wird in Rushdies letztem Roman 'Des Mauren letzter Seufzer' karikiert. 'Die satanischen Verse' sollen in Indien verboten bleiben.

Premier Vajpayee in Pakistan

Zum Besuch von Premierminister Vajpayee bei seinem pakistanischen Amtskollegen Sharif in Lahore siehe die Berichterstattung im Südasiens-Teil dieser Ausgabe.